

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 11/2032 —

Berufsbildungsbericht 1988

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch im Jahr 1988 meldet die Bundesanstalt für Arbeit mit Stichtag 30. September 1988 wieder 24 852 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, darunter 14 942 junge Frauen, obwohl es mehr Lehrstellen gab als zuvor.

Vor einem Jahr waren noch 34 200 bei den Arbeitsämtern gemeldete Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, 10 000 junge Menschen haben bis Jahresende 1987 noch eine Ausbildung aufnehmen können.

Der Berufsbildungsbericht 1988 zeigt bei differenzierter Betrachtung, daß sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt trotz großer Anstrengungen der Ausbildungsbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie, der öffentlichen Hand sowie gestiegener Ausbildungszahlen in den beruflichen Schulen noch nicht endgültig entspannt hat. Die Lücke zwischen Ausbildung und Fachkräftebedarf klafft weiter. Ebenso ist die Lage der weiblichen Bewerberinnen unbefriedigend: 21 333 junge Frauen (das sind 63 % der Ausbildungsplatzsuchenden) finden keinen Ausbildungsplatz. Wie viele Altbewerberinnen der vergangenen Jahre inzwischen aufgegeben haben oder eventuell ohne Ausbildung arbeiten, erfaßt der Berufsbildungsbericht 1988 nicht. Auch zeichnet sich regional ein starkes strukturelles Gefälle ab. Und in den Dienstleistungsberufen reichen die angebotenen Stellen nicht aus, um die steigende Nachfrage zu decken. In gewerblich-technischen Berufen gibt es offensichtlich trotz eines leichten Überangebots an Plätzen immer noch zu wenig junge Frauen. Allerdings gibt es in diesen Berufen von seiten der ausbildenden Betriebe wie auch von seiten der jungen Frauen Vorbehalte. Es gibt dafür vielschichtige Ur-

sachen. Unter anderem ist es für sie viel schwerer, nach der Ausbildung übernommen zu werden oder eine Stelle in diesem Bereich zu bekommen. Junge Ausländer und vor allem junge Ausländerinnen sind in großer Zahl noch ohne Ausbildungsplatz. Und die Zahl Jugendlicher, die ohne zusätzliche Hilfe und Förderung keine Ausbildung abschließen können, wird trotz insgesamt abnehmender Schulabgängerzahlen ziemlich konstant bleiben. Der Berufsbildungsbericht 1988 geht für die 90er Jahre von 8 % Schulabgängern ohne Abschluß mit steigender Tendenz aus.

Die zweite Schwelle, die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung, ist zunehmend schwieriger zu überwinden. Jeder siebente Jugendliche ist nach erfolgreicher Ausbildung zunächst einmal arbeitslos. In den nächsten 15 Jahren beenden rund 8,5 Millionen Jugendliche eine Lehre erfolgreich. Nur zwischen 6,4 bis 7 Millionen Arbeitsplätze werden durch Ausscheiden älterer Arbeitnehmer für die Jugendlichen frei werden. Zusätzlich werden noch etwa 1 Million Jugendliche ohne Ausbildung einen Arbeitsplatz suchen.

Angesichts der künftig geforderten Qualität der beruflichen Bildung, der regionalen strukturellen Probleme und der sichtbaren Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt reicht es nicht, Mobilität bei jungen Menschen vorauszusetzen oder auf künftig abnehmende Schulabgängerzahlen zu warten. Der rasche wirtschaftliche Strukturwandel und der technische Innovationsprozeß werden tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt und der Anforderungen am Arbeitsplatz mit sich bringen. Die Entwicklung zur Dienstleistungs- und zur Informationsgesellschaft bedeutet eine wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft vom Produktionsfaktor persönliche Qualifikation. Eine moderne Volkswirtschaft ist auf den mitdenkenden, mitgestaltenden und zur Übernahme von Verantwortung bereiten Arbeitnehmer genauso angewiesen wie auf ein kreatives und innovationsfreudiges Management. Dies verlangt von allen neue, anspruchsvolle Kenntnisse, Fertigkeiten und soziale Fähigkeiten.

Die Zahlen des Berufsbildungsberichts 1988 und der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit vom 30. September 1988 verlangen politische Entscheidungen vor allem im Hinblick auf die Benachteiligung junger Frauen, das Problem der strukturellen Fehlausbildung in der beruflichen Bildung und die regionalen Strukturunterschiede.

II. Der Deutsche Bundestag erwartet daher von der Bundesregierung

1. ein Sonderprogramm zur Erweiterung der Ausbildungschancen junger Frauen, damit vermieden wird, daß junge Frauen mit guten Schulabschlüssen ohne entsprechende Ausbildung bleiben;
2. eine entschiedene politische Anstrengung und entsprechende finanzielle Ausstattung, um die erfolgreichen Modellversuche zur beruflichen Bildung – insbesondere zur

Förderung des Ausbildungsverbundes und der Ausbildung von jungen Frauen in zukunftsorientierten, gewerblich-technischen Berufen – durch flächendeckende Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen, auch für Ausbilderinnen, umzusetzen;

3. eine Erweiterung der Programme über die bisherigen Modelle hinaus zur Qualifizierung von Ausbildern und Ausbilderinnen sowie den in der Ausbildungsberatung und Berufsberatung Tätigen, damit nach den neugeordneten Ausbildungsordnungen auch tatsächlich ausgebildet werden kann;
4. Verhandlungen mit den Ländern über ein gemeinsames Programm zur Verbesserung der technologischen Ausstattung der Berufsschulen mit finanzieller Beteiligung des Bundes;
5. Absicherung und finanzielle Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten durch den Bund in einer Höhe und zu Bedingungen, die den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten ermöglichen, mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten und die zusätzliche Einrichtung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten in strukturschwachen Regionen mit Ausbildungsplatzmangel;
6. die volle Ausschöpfung der Ausbildungskapazitäten in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz bei den Behörden und Einrichtungen des Bundes, der Bundespost, der Bundesbahn, der Bundeswehr sowie den Unternehmen mit Bundesbeteiligung;
7. ausreichende finanzielle Ausstattung des Benachteiligtenprogramms nach dem Bedarf und verbesserte Konditionen für die Träger des Programms;
8. eine Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung, damit sie personell und qualitativ in der Lage ist, die Jugendlichen umfassend zu informieren und zu beraten, die Zusammenarbeit mit den Schulen zu verbessern und in Zusammenarbeit mit den Betrieben und Verwaltungen sowie mit den kommunalen Gebietskörperschaften – Großstädte, Landkreise, Städte und Gemeinden – Initiativen zur Ausweitung eines qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes zu unterstützen;
9. die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Entlastung der Ausbildungsbetriebe durch Beteiligung derjenigen Betriebe, die nicht oder in zu geringem Umfang ausbilden, an den Kosten der betrieblichen Berufsausbildung.

Bonn, den 26. Oktober 1988

Dr. Vogel und Fraktion

